

Stadtverwaltung Eberbach

Niederschrift

Gremium	Gemeinderat
Sitzungsart	öffentlich
Sitzungsnummer	GR/01/2018
Sitzungsdatum	Donnerstag, 25.01.2018
Sitzungsbeginn	17:32 Uhr
Sitzungsende	19:57 Uhr
Sitzungsort	Ratssaal, Rathaus, Leopoldsplatz 1

Teilnehmerverzeichnis:

Teilnehmer	Bemerkung
------------	-----------

Vorsitzender

Bürgermeister Peter Reichert	
------------------------------	--

Mitglieder

Stadtrat Karl Braun	
Stadtrat Klaus Eiermann	
Stadtrat Georg Hellmuth	anwesend ab 17:36 Uhr
Stadtrat Peter Huck	
Stadtrat Patrick Joho	
Stadtrat Lothar Jost	
Stadtrat Christian Kaiser	
Stadtrat Wolfgang Kleeberger	
Stadträtin Susanne Lehn	
Stadtrat Ralf Lutzki	
Stadtrat Benjamin Müller	
Stadtrat Jens Müller	
Stadtrat Prof. Dr. Dietmar Polzin	
Stadtrat Michael Reinig	
Stadtrat Jan Peter Röderer	
Stadtrat Markus Scheurich	
Stadtrat Rolf Schieck	
Stadtrat Michael Schulz	anwesend ab 18:09 Uhr
Stadtrat Heiko Stumpf	
Stadtrat Peter Stumpf	
Stadträtin Kerstin Thomson	
Stadtrat Peter Wessely	

Ortsvorsteher

Ortsvorsteher Viktor Hartmann	
Ortsvorsteher Johann Leistner	

Verwaltungsmitglieder

Angestellter Karl Emig	
Werkleiter Günter Haag	
Angestellter Patrick Koch	
Angestellter Steffen Koch	
StOVwR Patrick Müller	
StORR Dr. Martin-Peter Oertel	
FAR Siegfried Riedl	anwesend bis 18:08 Uhr
Angestellte Nicole Rupp	anwesend ab 19:19 Uhr
Angestellte Anke Steck	

Schriftführerin

Angestellte Sophie König	
--------------------------	--

Abwesend:**Ortsvorsteher**

Ortsvorsteher Harald Friedrich	entschuldigt
Ortsvorsteher Daniel Rupp	entschuldigt
Ortschaftsrat Peter Schwarz	entschuldigt

Bürgermeister Reichert begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die öffentliche Sitzung des Gemeinderats form- und fristgerecht eingeladen worden und der Gemeinderat beschlussfähig sei. Er fragt, ob es Anträge zur Tagesordnung gibt.

Stadtrat Peter Stumpf stellt folgenden Antrag zur Tagesordnung:

„Die Fraktionen von CDU und AGL beantragen den Punkt 7, den Minderheitenantrag von CDU und AGL über den Neubau eines Hallenbades einen Bürgerentscheid durchzuführen, heute nicht zu behandeln und zu einem späteren Zeitpunkt, nach Vorliegen des Wirtschaftlichkeitsgutachtens, auf die Tagesordnung zu setzen.

Begründung:

Leider hat der Bürgermeister unserer Bitte, den Minderheitenantrag auf Bürgerentscheid über den Neubau eines Hallenbades auf die Tagesordnung der Dezember-Sitzung zu nehmen, auf der ohnehin das Thema Hallenbad stand, nicht entsprochen.

Nachdem der Gemeinderat mehrheitlich auf dieser Sitzung beschlossen hat, eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung über die Alternativen Schließung, Sanierung oder Neubau eines Hallenbades durchzuführen und erst nach Vorlage dieser Untersuchung über die Durchführung eines Bürgerentscheids zu beraten, halten wir es nicht für zielführend unseren Minderheitsantrag auf der heutigen Sitzung zu behandeln.

Inhaltlich hat sich an unserem Minderheitsantrags und dessen Begründung nichts geändert. Wir halten die Sanierungsvariante für weder nachhaltig noch attraktivitätssteigernd und mit einem nicht kalkulierbaren Kostenrisiko verbunden.

Deshalb kommt unserer Meinung nach nur ein Neubau in Frage über den die Bürger entscheiden sollten.“

Bürgermeister Reicher verliest zu dem Antrag folgende Stellungnahme, die er eigentlich für den Tagesordnungspunkt 7 vorbereitet hatte:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 30.11.2017 wurde von den beiden Fraktionen CDU und AGL ein Minderheitenantrag zum Thema „Neubau eines Hallenbades mit Kinderbereich“ gestellt.

Das Quorum wurde erreicht, der Verhandlungsgegenstand musste also ursprünglich spätestens auf die Tagesordnung der heutigen Gemeinderatssitzung.

Parallel dazu – zeitlich unmittelbar davor und unabhängig von dem Antrag – haben wir jedoch das Thema schon auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 21.12.2017 genommen.

In der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 21.12.2017 wurde dann gemäß der Beschlussvorlage Nr. 2017-257 mehrheitlich folgender Beschluss gefasst:

1. Der Gemeinderat beauftragt die Werkleitung, eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die alternativen Sanierung, Neubau oder Schließung des hallenbades erstellen zu lassen. Die Möglichkeiten für Attraktivitätssteigerungen im Freibad, in der Sauna und im Restaurant sollen berücksichtigt werden.
2. Nach Vorliegen der Untersuchungsergebnisse berät das Gremium möglichst bis juli 2018 über eine eventuelle Durchführung eines Bürgerentscheids gemäß § 21 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

Das Thema „Neubau eines Hallenbades“ wurde demnach in der Sitzung am 21.12.2017 behandelt und der Antrag der CDU und AGL ist somit besprochen.

Der Antrag, der ja lediglich die Variante „Neubau Hallenbad“ sowie die Beratung über die Durchführung eines Bürgerentscheids enthält, wurde – wie der Beschluss zeigt – sogar erweitert, indem nun nicht nur das Thema Neubau, sondern auch die Alternativen Sanierung und Schließung im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung betrachtet werden sollen. Das Minderheitenrecht gemäß § 34 Abs. 1 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg ist somit nicht mehr gegeben, da das Thema bereits in der Gemeinderatssitzung am 21.12.2017 behandelt wurde. Damit ist ein Minderheitenantrag zu diesem Thema nach der Gemeindeordnung für eine Frist von 6 Monaten gesperrt.

Dennoch habe ich mich entschieden, das Thema bzw. den Minderheitenantrag noch einmal formal auf die Tagesordnung zu setzen, um den Antragstellern Gelegenheit zu geben, zu ihrem Antrag Stellung zu nehmen.

Eine Beschlussfassung über den Antrag in der Sache ist jedoch durch das im Dezember beschlossene Vorgehen nicht mehr erforderlich.

Ich möchte hier noch einmal darauf hinweisen, dass wir zur Vorbereitung eines Bürgerentscheids und der Entscheidung des Gemeinderats über die Durchführung eines Bürgerentscheids eine umfassende Grundlage brauchen. Die Schaffen wir jetzt – aber nur, wenn wir das im Dezember beschlossene Vorgehen nicht noch einmal in Frage stellen, sondern zügig auf diesem Weg weitergehen.“

Hauptamtsleiterin Steck führt ergänzend aus, dass sich das Minderheitenrecht auf die Aufnahme eines Verhandlungsgegenstandes auf die Tagesordnung und nicht auf konkrete Anträge beziehe.

Bürgermeister Reichert gibt jeder Fraktion die Möglichkeit zum Tagesordnungsantrag Stellung zu nehmen.

Stadtrat Heiko Stumpf spricht sich inhaltlich für den Minderheitenantrag aus, ist aber auch der Meinung, dass zuerst die Untersuchungsergebnisse vorliegen sollten.

Stadtrat Peter Stumpf betont, dass der Antrag nur verschoben und nicht zurückgezogen werde.

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Antrag einstimmig zu, der Tagesordnungspunkt 7 wird somit abgesetzt.

Bürgermeister Reichert eröffnet sodann die öffentliche Sitzung des Gemeinderats.

Tagesordnung:

- | | | |
|----------|--|------------|
| TOP 1 | Fragestunde der Einwohner und der ihnen gleichgestellten Personen und Personenvereinigungen | |
| TOP 1.1 | Wildschweingehege im Holdergrund | |
| TOP 2 | Bekanntgabe der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats vom 26.10.2017, Nr. 15/2017 | |
| TOP 3 | Jagdbezirk V, Hirschberg | 2018-001/1 |
| TOP 4 | Jagdbezirk VI, Auberg | 2018-002 |
| TOP 5 | Jagdbezirk VII, Bocksberg | 2018-003 |
| TOP 6 | Jagdbezirk IV, Lautenbach | 2018-014 |
| TOP 7 | Neubau eines Hallenbades mit Kinderbereich
Hier: Minderheitenantrag CDU und AGL
-ohne Beschlussvorlage-
Beratung und Beschlussfassung | |
| TOP 8 | Flächenmanagement für Bauplatzgrundstücke der Gesamtgemarkung Eberbach | 2017-012 |
| TOP 9 | Sanierungsgebiet "Güterbahnhofstraße",
Erstellung eines Parkhauses, Vorstellung Planungsvarianten,
Grundsatzbeschluss zur Weiterverfolgung einer Variante | 2017-228/1 |
| TOP 10 | Zusammensetzung der beschließenden Ausschüsse
hier: Bestellung der Mitglieder und Reihenfolge-Stellvertreter aus
der Mitte des Gemeinderats und Berufung von sachkundigen
Einwohnern als beratende Mitglieder | 2017-267 |
| TOP 11 | Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse -ohne
Beschlussvorlage- Information | |
| TOP 12 | Mitteilungen und Anfragen | |
| TOP 12.1 | Parkraumbewirtschaftung | |
| TOP 12.2 | IT-Zertifikat Stadtwerke | |
| TOP 12.3 | Gefahrenstelle Beckstraße | |
| TOP 12.4 | Veröffentlichung Jubilare in der Zeitung | |
| TOP 12.5 | Wasserchlorung in Rockenau | |
| TOP 12.6 | Lärmaktionsplan | |
| TOP 12.7 | Treppenturm am Steg | |

Niederschrift:

Top 1 Fragestunde der Einwohner und der ihnen gleichgestellten Personen und Personenvereinigungen	
Top 1.1 Wildschweingehege im Holdergrund	

Bürgerin Monika Rohr erkundigt sich, ob das Wildschweingehege im Holdergrund noch zeitgemäß sei. Da die Schweinepest näher rücke und es ohnehin massenhaft Wildschweine gebe. Sie regt an, das hierfür verwendete Geld in andere Projekte zu investieren. Beispielsweise könne an dieser Stelle ein Waldspielplatz eingerichtet werden um den Familien die Natur näher zu bringen.

Bürgermeister Reichert entgegnet, dass er immer wieder feststelle, dass das Wildschweingehege von den Familien gut angenommen werde.

FAR Riedl ergänzt, dass in den letzten Jahren durch doppelte Zäune und Kunststoffplatten am oberen Teil das Gehege seuchensicher gemacht worden sei. Vorsorgemäßig werde hier alles getan, was möglich sei. Auch er erhalte immer wieder positive Resonanz zur Attraktivität und Nutzung.

Top 2 Bekanntgabe der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats vom 26.10.2017, Nr. 15/2017	
---	--

Beratung:

Bürgermeister Reichert fragt, ob es Einwände zu der Niederschrift gebe.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats äußern keine Einwände zur Niederschrift.

Top 3 Jagdbezirk V, Hirschberg	2018-001/1
-----------------------------------	------------

Beschlussantrag:

1. Der Eigenjagdbezirk V, „Hirschberg“, der Stadt Eberbach wird an Herrn Wolfgang Michel, wohnhaft in 69412 Eberbach verpachtet.
2. Ersatzkandidat für die Verpachtung des Jagdbezirks ist der zweite Bieter.

Beratung:

FAR Riedl erläutert die Beschlussvorlage.

Stadtrat Jost möchte wissen, warum unter Ziffer 2 der Name des Ersatzkandidaten nicht genannt würde. Schließlich handle es sich doch hier auch um eine Vergabe.

StORR Dr. Oertel führt aus, dass die Nennung der Namen mit dem Datenschutzrecht kollidiere. Hier stünden persönliche Interessen dagegen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Top 4 Jagdbezirk VI, Auberg	2018-002
--------------------------------	----------

Beschlussantrag:

3. Der Eigenjagdbezirk VI, „Auberg“, der Stadt Eberbach wird an die Bietergemeinschaft Harald und Sebastian Blask, beide wohnhaft in 69412 Eberbach, verpachtet.
4. Ersatzkandidat für die Verpachtung des Jagdbezirks ist die zweite Bietergemeinschaft.

Beratung:

FAR Riedl erläutert die Beschlussvorlage.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Top 5 Jagdbezirk VII, Bocksberg	2018-003
------------------------------------	----------

Beschlussantrag:

5. Der Eigenjagdbezirk VII, „Bocksberg“, der Stadt Eberbach wird an Herrn Marcel Djurdjevic, wohnhaft in 69412 Eberbach verpachtet.
6. Ersatzkandidat für die Verpachtung des Jagdbezirks ist die an zweiter Stelle liegende Bietergemeinschaft.

Beratung:

FAR Riedl erläutert die Beschlussvorlage und teilt ergänzend mit, dass der Ortschaftsrat Pleutersbach in seiner Sitzung am Montag der Vorlage mehrheitlich zugestimmt habe.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag mit 21 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich zu.

Top 6 Jagdbezirk IV, Lautenbach	2018-014
------------------------------------	----------

Beschlussantrag:

1. Der Jagdbezirk IV, Lautenbach wird bundesweit meistbietend zur Verpachtung ausgeschrieben.
2. Der Gemeinderat behält sich die Zuschlagserteilung ausdrücklich vor und ist im Zuge der Beurteilung verschiedener Eignungskriterien potentieller Pächter nicht an das Höchstgebot gebunden.

Beratung:

FAR Riedl erläutert die Beschlussvorlage.

Stadtrat Jost erkundigt sich, was mit dem potenziellen Bewerber sei, von dem berichtet wurde.

FAR Riedl antwortet, dass man hier leider keine Antwort mehr erhalten habe.

Stadtrat Reinig erinnert daran, dass es bei der Verpachtung der Jagdbezirke große Diskussionen bezüglich des Vorgehens gegeben habe. Jetzt zeige sich, dass das vorgeschlagene Vorgehen richtig gewesen sei. Er verwehre sich deshalb nochmals dem Vorwurf von Lobbyismus. Man solle froh sein, dass es Leute gebe, die weiterhin solche großen Reviere zum vorgestellten Preis bejagten. Er möchte wissen, ob momentan in der Lautenbach auch das Rotwildkonzept eingehalten werde und welche Kosten der Stadt bisher an Wildschäden und dergleichen entstanden seien. Wenn auf die Ausschreibung ein Angebot erfolge, wäre es gut zu wissen, ob andere Formen der Bejagung vielleicht günstiger wären.

FAR Riedl teilt mit, dass selbstverständlich das Rotwildkonzept eingehalten werde. Die Kosten könne man bisher nicht benennen, werde diese aber zur Pachtentscheidung vorlegen.

Stadtrat Dr. Polzin erkundigt sich, ob es bereits einen Plan gebe, falls die Schweinepest hierher käme.

Bürgermeister Reichert entgegnet, dass es keinen Plan gebe. Die Oberste Jagdbehörde plane derzeit, ob man Fallen und weitere Maßnahmen zulasse um dem entgegenzuwirken. Hier sei aber noch nichts entschieden, alles befinde sich erst noch in der Testphase.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Top 7 Neubau eines Hallenbades mit Kinderbereich Hier: Minderheitenantrag CDU und AGL -ohne Beschlussvorlage- Beratung und Beschlussfassung	
---	--

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

Top 8 Flächenmanagement für Bauplatzgrundstücke der Gesamtgemarkung Eberbach	2017-012
--	----------

Beratung:

Verw. Ang. Emig erläutert die Informationsvorlage.

Stadtrat Heiko Stumpf ist sehr überrascht, dass es so viele freie Fläche gebe. Er wünsche sich solch ein Register auch für die Gewerbeflächen.

Stadtrat Schieck merkt an, dass nicht alle eingezeichneten Flächen auch bebaubar seien. Dies müsse noch korrigiert werden, der eingeschlagene Weg sei aber der Richtige.

Stadtrat Dr. Polzin schließt sich Stadtrat Heiko Stumpf bezüglich der Gewerbeflächen an. Gerade weil keine öffentlichen Flächen vorhanden seien, bräuchte man eine Übersicht über die privaten. Es könne zum Beispiel auch sein, dass hier bereits bebaute Gewerbeflächen nicht vollständig genutzt würden. Ein Flächenmanagement für Gewerbeflächen sollte eine Kontierung der vorhandenen bebauten und unbebauten, privaten und städtischen Flächen unter Erfassung der gewerblichen Nutzungsart umfassen. Ebenfalls sollten große Immobilieneigentümer angesprochen werden, ob alle Flächen noch gebraucht würden, oder ein Abtrennen von Teilflächen möglich wäre.

Bürgermeister Reichert erwidert, dass dies nur wenige Flächen sein könnten, man aber trotzdem prüfen werde, ob ein Flächenmanagement für Gewerbeflächen aufgestellt werden könne.

Verw. Ang. Emig weist darauf hin, dass die jetzige Auflistung immer wieder überarbeitet werden müsse. Zunächst sei der Flächennutzungsplan herangezogen worden. Im nächsten Schritt werde sortiert, ob eine Bebauung möglich sei und die Rückmeldungen aus den Ortschaften eingearbeitet.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Top 9 Sanierungsgebiet "Güterbahnhofstraße", Erstellung eines Parkhauses, Vorstellung Planungsvarianten, Grundsatzbeschluss zur Weiterverfolgung einer Variante	2017-228/1
--	------------

Beschlussantrag:

1. Der Bau eines Parkhauses wird nicht weiter verfolgt.
2. Auf dem städtischen Grundstück Flst. Nr. 882/43 der Gemarkung Eberbach (sh. Lageplan - Anlage 1) soll ein ebenerdiger Parkplatz mit bis zu 86 Stellplätzen angelegt werden.
3. Teilflächen der Flurnummern 5806, 5807 und 5807/3 der Gemarkung Eberbach (Siebeck-Gelände) sollen in die weiteren Planungen mit einbezogen werden.
4. Das Ingenieurbüro Walter + Partner GbR, Neckargartacher Straße 90, 74080 Heilbronn wird mit den Ingenieurleistungen für die Planung der Verkehrsanlagen für den Bau von ebenerdigen Parkplätzen, wie in der Beschlussvorlage dargestellt, beauftragt. Die Gesamtauftragssumme wird auf ca. 60 000.- € brutto geschätzt. Es wird die stufenweise Beauftragung gewählt, zunächst bis einschließlich Leistungsphase 3, Entwurfsplanung.
5. Die Stellplatzbilanz für das Sanierungsgebiet „Güterbahnhofstraße“ wird zur Kenntnis genommen.

Beratung:

Stadtbaumeister Koch erläutert die Beschlussvorlage.

Stadtrat Schieck spricht für einen Teil der SPD-Fraktion, welcher sich für die Variante 0 entschieden habe. Die ganze Fraktion sei dafür, das ehemalige Siebeck-Gelände nicht mit einzuplanen. Er verweist auf die Parkplätze im Rosenturmquartier, die fast gar nicht genutzt würden. Selbst bei Hochwasser seien die Parkplätze nicht voll belegt gewesen.

Stadtrat Scheurich spricht für den anderen Teil der SPD-Fraktion. Sie seien verwundert, da die Diskussion um fehlende Parkplätze schon sehr lange bestehe. Hier sehen sie die Chance eine Menge Parkplätze zu schaffen. Die Gewerbefläche des ehemaligen Siebeck-Geländes sei jedoch zu wertvoll und solle deshalb nicht bebaut werden. Bei Variante 1 könnten bei einem geringeren Flächenverbrauch dafür jedoch mit höheren Kosten fast 100 Parkplätze mehr geschaffen werden.

Bürgermeister Reichert möchte möglichst viele Parkplätze schaffen. Er könne sich auch vorstellen zuerst Variante 2 zu bauen und im Nachhinein auf Variante 1 zu erweitern. Hierbei würde jedoch die Förderung wegfallen, weil diese nur im Zeitraum des Sanierungsgebietes möglich wäre.

Stadtrat Jost spricht sich für Variante 0 aus. Er regt an mit der Bahn bezüglich des Gleisdreiecks zu verhandeln. Hier sollte es möglich sein, den gleichen Automaten wie auf der anderen Bahnhofseite aufzustellen. Außerdem gibt er zu bedenken, wie sich die Mobilität in 10 bis 20 Jahren verändere. Der Bedarf könne sich dann ganz anders darstellen.

Bürgermeister Reichert merkt hierzu an, dass es dann möglicherweise Sammelplätze für die autonomen Fahrzeuge brauche und der Standort Bahnhof hierfür sehr günstig sei.

Stadtrat Hellmuth führt aus, dass ihm für die geringe Anzahl neugeschaffener Parkplätze die Kosten zu hoch seien. Er möchte wissen, inwieweit es möglich wäre eine einfache Parkfläche durch das Tiefbauamt planen zu lassen. So spare man die Kosten für das Ingenieurbüro. Ebenso findet er eine bessere Nutzung des Gleisdreiecks wichtig. Hier stünden 150 Parkplätze zur Verfügung. Die CDU-Fraktion könne der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtrat Wessely spricht sich für Variante 0 aus, bei der der Bestand soweit belassen werde, dass die Fläche jederzeit ohne Rückbau genutzt werden könne. Die Kosten eines städtischen Parkhauses seien ihm zu hoch.

Stadtrat Kaiser stimmt Stadtrat Hellmuth in weiten Teilen zu. Er sei der Meinung, dass der vorhandene Parkplatz mit geringem Aufwand funktional hergestellt werden solle.

Stadtrat Braun erinnert an das Parkraumkonzept für die Innenstadt. Wenn dort nur noch die Anwohner parken dürften, würde man sehen welcher Bedarf an Parkplätzen für die Pendler bestehe.

Die Mitglieder des Gemeinderats sprechen sich für niedrigere Planungskosten aus und diskutieren die Nutzung des Gleisdreiecks.

Stadtrat Hellmuth stellt den Antrag, den Beschluss wie folgt zu fassen:

- „1. Der Bau eines Parkhauses wird nicht weiter verfolgt.
2. Auf dem städtischen Grundstück Flst. Nr. 882/43 der Gemarkung Eberbach soll ein ebenerdiger Parkplatz mit bis zu 86 Stellplätzen angelegt werden.
3. Diese Anlage von 86 Parkplätzen ebenerdig kann hausintern gelöst werden. Die Planung soll durch die Tiefbauabteilung erfolgen.“

Bürgermeister Reichert betont, dass die fehlenden Parkflächen in Eberbach schon ein riesiges Thema gewesen seien, als er begonnen habe. Die Richtung, in die sich die Diskussion wende empfindet er als riesigen Fehler. Man habe jetzt im Sanierungsgebiet eine große Möglichkeit Parkplätze zu schaffen. Durch die weitere Bebauung in der Güterbahnstraße werde der jetzige Bestand reduziert. Jetzt sei aber die Möglichkeit die Situation etwas zu entspannen. Es würden mehr als 86 Parkplätze gebraucht, weshalb man nochmal überlegen solle. Er wolle kein angedachtes Provisorium. Die wirtschaftlichste Lösung für die Stadt sei sicherlich das Siebeck-Gelände mit einzuplanen, wenn man dafür

auf Gewerbefläche verzichten würde. Er könne auch die Entscheidung mittragen, die Gewerbefläche rauszulassen aber es müssten mehr Parkplätze geschaffen werden. Für ihn seien daher nur die zwei genannten Möglichkeiten denkbar. Auch die Pendler seien wichtig, da sie in Eberbach einkaufen würden, wenn sie hier vom Zug auf das Auto umstiegen. Dies sei ein wichtiger Punkt für die Stadt und die Wirtschaftsförderung. Er warnt eindringlich vor einer Parkplatzverschlankung.

Bürgermeister Reichert stellt den Antrag den Beschluss zu vertagen, da er der Meinung sei, dass das Gremium noch Beratungsbedarf habe. Er gibt allen Fraktionen die Möglichkeit zum Geschäftsordnungsantrag Stellung zu nehmen.

Stadtrat Scheurich spricht sich gegen eine Vertagung aus, da in 4 bis 8 Wochen keine neuen Fakten vorlägen. Lediglich mit der Förderung würde es dann zeitlich noch enger werden.

Stadtrat Heiko Stumpf schließt sich Bürgermeister Reichert an. Er sieht auch noch viel Beratungsbedarf.

Stadtrat Peter Stumpf schließt sich Stadtrat Heiko Stumpf an.

Bürgermeister Reichert lässt sodann über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Geschäftsordnungsantrag mit 19 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen zu.

Die Beschlussfassung wurde vertagt.

Top 10 Zusammensetzung der beschließenden Ausschüsse hier: Bestellung der Mitglieder und Reihenfolge-Stellvertreter aus der Mitte des Gemeinderats und Berufung von sachkundigen Einwohnern als beratende Mitglieder	2017-267
--	----------

Beschlussantrag:

1. Die Mitglieder aus der Mitte des Gemeinderats und die Reihenfolge-Stellvertreter der beschließenden Ausschüsse nach § 4 der Hauptsatzung werden im Wege der Einigung gemäß der vorgelegten Aufstellung vom Gemeinderat bestellt.
2. In die beschließenden Ausschüsse:
 - Verwaltungs- und Finanzausschuss
 - Bau- und Umweltausschuss
 - Umlegungsausschuss
 - Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Stadtwerke (Werksausschuss)

werden sachkundige Einwohner gemäß der vorgelegten Aufstellung widerruflich als beratende Mitglieder berufen. Die Berufung erfolgt im Wege der Einigung.

Beratung:

Hauptamtsleiterin Steck erläutert die Beschlussvorlage.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Top 11 Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse -ohne Beschlussvorlage- Information	
---	--

Bürgermeister Reichert gibt folgenden Beschluss bekannt:

Der Gemeinderat hat in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 21.12.2017 den Beschluss gefasst, den Vertrag mit dem Internationalen Bund bezüglich der Gewährung von Schulsozialarbeit an den hiesigen kommunalen Schulen im Stellenumfang von 2,2 Stellen, zunächst befristet bis zum 31.08.2019, zu verlängern.

Die Verlängerung steht unter dem Vorbehalt, dass auch weiterhin eine Förderung durch das Land Baden-Württemberg und den Rhein-Neckar-Kreis im bisherigen Umfang erfolgt.

Top 12 Mitteilungen und Anfragen	
Top 12.1 Parkraumbewirtschaftung	

StORR Dr. Oertel teilt zur Parkraumbewirtschaftung mit, dass das Ordnungsamt derzeit mit dem Thema beschäftigt sei. Es seien bereits viele Erhebungen erfolgt aber es stünden auch noch viele Prüfungen aus. Unter anderem würden die nach Landesbauordnung vorgeschriebenen Parkplätze noch erhoben sowie die Parkraumnachfrage der Anwohner. Sobald es einen neuen Zwischenstand gebe werde man wieder informieren.

Top 12.2 IT-Zertifikat Stadtwerke	
--------------------------------------	--

Werkleiter Haag gibt bekannt, dass die Stadtwerke das Zertifikat zur IT-Sicherheit infrastrukturkritischer Unternehmen erhalten haben.

Top 12.3 Gefahrenstelle Beckstraße	
---------------------------------------	--

Stadtrat Braun regt an, die Ampel im Kreuzungsbereich Beckstraße / Schwanheimer Straße und Pleutersbacher Straße weiter in Richtung der Bushaltestellen in der Beckstraße zu verlegen. Dies solle nach Möglichkeit auf die nächste Verkehrsschau genommen werden.

Top 12.4 Veröffentlichung Jubilare in der Zeitung	
--	--

Stadtrat Schieck teilt mit, dass er von Bürgern angesprochen worden sei, da ohne Zustimmung Geburtstage in der Zeitung veröffentlicht worden seien. Er verstehe die Verärgerung, da er selbst auch nicht in der Zeitung erscheinen wolle. Früher seien die Jubilare angeschrieben und nach einer Veröffentlichung gefragt worden, heute müssten die Bürger von sich aus reagieren. Er bitte darum wieder zum alten System zurückzukehren.

Hauptamtsleiterin Steck antwortet, dass 2015 das Bundesmelderecht geändert worden sei. Hier sei festgeschrieben worden, dass alle Jubilare der Presse gemeldet werden können, solange nicht widersprochen worden sei. Diese Regelung werde jedes Jahr bekannt gemacht. Die betroffenen Jubilare ab 90 würden aufgrund der Möglichkeit eines Besuches des Bürgermeisters ohnehin angeschrieben werden. Hier weise man auch auf die Veröffentlichung und einen möglichen Widerspruch hin.

Top 12.5 Wasserchlorung in Rockenau	
--	--

Stadtrat Schieck möchte wissen, ob das Wasser in Rockenau gechlort werde und warum hierüber nicht informiert worden sei.

Werkleiter Haag antwortet, dass aufgrund der starken Regenfälle in der letzten Zeit eine Sicherheitschlorung mit geringem Chloranteil vorgenommen werde. Bei derartig geringen Mengen und solange nur über einen kurzen Zeitraum gechlort werde, finde derzeit keine Bürgerinformation statt. Man könne diese Regelung aber ändern, sodass künftig früher informiert werde.

Stadtrat Schieck bittet darum, dies künftig so zu handhaben.

Top 12.6 Lärmaktionsplan	
-----------------------------	--

Stadtrat Peter Stumpf erkundigt sich nach dem Stand des Lärmaktionsplanes hier sollte der Ermessensspielraum ausgetestet werden.

Stadtbaumeister Koch erwidert, dass hierzu zusammen mit der Angelegenheit Friedrichsdorfer Landstraße eine Vorlage für eine der nächsten Sitzungsrunden erstellt werde.

Top 12.7 Treppenturm am Steg	
---------------------------------	--

Stadtrat Dr. Polzin teilt mit, dass bei Regenfällen auf den Plattformen des Treppenturms am Steg auf der Rewe-Seite Wasser stehe. Er möchte wissen, ob dies verändert werden könne.

Stadtbaumeister Koch antwortet, dass hier bereits nach einer Lösung gesucht werde. Es handle sich jedoch dabei um ein Konstruktionsproblem.

Stadtrat Benjamin Müller fügt hinzu, dass auf der Bahnhofsseite des Stegs bereits mehrere Leute auf dem Treppenturm gestürzt seien. Offenbar sei die Treppe hier sehr rutschig.

Da keine weiteren Mitteilungen und Anfragen mehr vorliegen schließt Bürgermeister Reichert die öffentliche Sitzung des Gemeinderats um 19:57 Uhr.

Der Bürgermeister

Die Schriftführerin

Peter Reichert

Sophie König